

Presseinformation



Landtagsfraktion Schleswig-Holstein

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Telefon: 0431 / 988 - 1503
Fax: 0431 / 988 - 1501
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh.gruene-fraktion.de

Nr. 470.11 / 25.08.2011

Es gilt das gesprochene Wort

TOP 16 – Archivwesen

Dazu sagt die Abgeordnete
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,

Ines Strehlau:

Zukunftskonzepte für die Archive

Archive sichern die schriftliche Überlieferung eines Landes, so auch bei uns in Schleswig-Holstein. Sie stehen für langzeitige Aufbewahrung, Bestandserhaltung und Bereitstellung von Informationen. Diese Informationen sind unter anderem für die Arbeitsfähigkeit moderner Verwaltungen und Unternehmen von großer Bedeutung.

Selbstverständlich ist es deshalb auch richtig, sich für die Stärkung des schleswig-holsteinischen Archivwesens einzusetzen und es ist auch wichtig, eine Archivlösung zu suchen, da diese Lösung bei einem Drittel der Kommunen gänzlich fehlt. Ein Weg dorthin ist bereits in der Debatte im vergangenen Jahr angesprochen worden.

So hatte die Landesregierung in ihrer Antwort auf die Große Anfrage des SSW zum Archivwesen im vergangenen Jahr geschrieben: „Dies gibt Anlass zur Überprüfung des Aufgabenkanons und der Aufgabenerledigung bei gleichzeitiger Wahrung der zentralen staatlichen Interessen am Archivwesen.“

Der Verband der Archivarinnen und Archivare hatte auch angeboten bei der Umsetzung des Archivgesetzes und der Erarbeitung neuer Lösungsansätze mitzuwirken. Die Landesregierung hat dies aber leider nicht auf ihre Agenda genommen – denn es ist nichts passiert.

Wir brauchen aber ein kreatives Konzept, um die Umsetzung des Archivgesetzes auch unter schwierigen finanziellen Bedingungen zu ermöglichen. Überprüfung des Aufgabenkanons und Kooperationen sind Dinge, die dort hineingehören. So könnte eine Umsetzung des Paragraf 15 des Landesarchivgesetzes zur fachgerechten Archivierung der

Unterlagen in den Kreisen, Gemeinden und Ämtern umgesetzt werden, ohne dass auf die Kommunen und Kreise hohe zusätzliche Kosten zukommen würden.

Punkt 2 des Antrages, die Festlegung darauf, dass es in Zukunft zu keinen weiteren Kürzungen im Personalbereich kommen wird, können wir nicht mittragen. Wir sind dazu verpflichtet, unseren Schuldenberg abzubauen. Wir müssen versuchen, durch Umstrukturierung oder Vernetzung, neue Wege zu gehen und Einsparungen zu vermeiden. Schreiben wir aber im Voraus ein Budget für das Landesarchiv fest, so hätten wir für neue Lösungen keinen Spielraum. Außerdem könnten andere Institutionen das gleiche Recht für sich beanspruchen, von weiteren Kürzungen ausgenommen zu sein.

Es sollte also über die Möglichkeit von Kooperationen nachgedacht werden, so dass nicht jedes Amt oder jede Kommune ein eigenes Archiv einrichten muss und kommunale Verwaltungsstruktur effektiver gestaltet werden kann. In diesem Zusammenhang kann und sollte über ein von der Landesregierung und dem Landesarchiv zu erstellendes mögliches Zukunftskonzept nachgedacht werden.
